

Pressemitteilung

15. Dezember 2011

IX. Ludwig-Erhard-Lecture der INSM in Berlin

EZB-Präsident Mario Draghi: „Die Krise ist noch nicht beendet. Wir dürfen jetzt nicht das Momentum verlieren und müssen unverzüglich die getroffenen Entscheidungen umsetzen, die die Euro-Zone wieder zurück auf ihren Kurs bringen.“

Berlin. Die Europäische Zentralbank (EZB) wird auch unter ihrem neuen Präsidenten **Prof. Dr. Mario Draghi** ein Garant für die Stabilität der Gemeinschaftswährung sein. Draghi zitierte Ludwig Erhard mit den Worten, dass Soziale Marktwirtschaft ohne konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar sei. Er, Draghi, könne das heute nicht besser ausdrücken.

Zur aktuellen Lage sagte Draghi: **"Die Entscheidungen des Europäischen Rates, zusammen mit den jüngsten Beschlüssen des Europäischen Parlaments sind ein Durchbruch für klare fiskalpolitische Regeln der Währungsunion."**

Draghi erläuterte die Hintergründe der jüngsten Entscheidungen der EZB und verwies dabei wiederholt auf die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen. Deren Lage habe die EZB ganz genau im Blick, da diese für etwa 70 Prozent der Beschäftigung und 60 Prozent der Umsätze verantwortlich seien. **"Wir glauben, dass die am vergangenen Donnerstag vom EZB-Rat entschiedenen Maßnahmen diesen Wirtschaftssektor unterstützen werden und indirekt unter anderem für die notwendigen Investitionen, für Wachstum und Beschäftigung sorgen werden."**

Auch der frühere Bundesbankpräsident und Kuratoriumsvorsitzende der INSM, **Prof. Dr. Hans Tietmeyer**, erinnerte an Ludwig Erhard. Dieser habe großen Wert auf die Unabhängigkeit der Zentralbank gelegt. **„Geldpolitik kann kein Ersatz für andere Politik sein"** sagte **Tietmeyer**. Er forderte die Politiker der Euro-Länder dazu auf, den Euro **"langfristig stark und stabil"** zu machen.

Martin Kannegiesser, 1. stellv. Kuratoriumsvorsitzender der INSM und Präsident von Gesamtmetall, bekannte sich klar zu Europa und der Gemeinschaftswährung Euro: **„Der moderne Sozialstaat gehört zur Sozialen Marktwirtschaft, es sind zwei Seiten derselben Medaille. Die stabile Währung ist eine Grundvoraussetzung für ein solches freiheitliches System. Sie ist der Kern für den Frieden in einer Gesellschaft und gründet sich auf das vorbehaltlose Vertrauen der Menschen.“** Jetzt brauche es eine neue Stabilitätskultur in Europa, um das Vertrauen der Finanzmärkte zurück zu gewinnen. Martin Kannegiesser: **„Wir Unternehmer haben die politischen Entscheidungsprozesse der letzten Jahre eher mit zurückhaltendem Beifall bedacht. Die jüngste Entscheidung in Brüssel allerdings zu einer Fiskalunion mit automatischen Sanktionen, zur gleichen**

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.

stabilitätspolitischen Orientierung – dies findet unseren uneingeschränkten Beifall.“

Herr Kannegiesser beglückwünschte Prof. Dr. Tietmeyer nachträglich zu dessen 80. Geburtstag und betonte erneut den herausragenden Beitrag Tietmeyers zur Stabilität der D-Mark und bei der Konstruktion der Euro-Zone. Als Zeichen der Anerkennung und der Dankbarkeit für die Unterstützung als Kuratoriumsvorsitzender, widmet die INSM Prof. Dr. Tietmeyer einen Essay-Wettbewerb. Gemeinsam mit dem Zeitverlag werden Studentinnen und Studenten aufgefordert, ihre Gedanken zur Sozialen Marktwirtschaft niederzuschreiben.

Die Ausschreibungsunterlagen sind unter <http://zeit.de/angebote/essaywettbewerb> zu finden.

Professor Dr. Mario Draghi ist seit November 2011 Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB). Er ist der diesjährige Hauptredner bei der Ludwig-Erhard-Lecture der INSM, einer Vortragsreihe mit international renommierten Wirtschaftsexperten.

Pressesprecher INSM:

Florian von Hennet, Tel.: (030) 27877 174, E-Mail: hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.